

Avgust Lešnik (Ljubljana)

## **Kommunismusforschung in Slowenien<sup>1</sup>**

Slowenien ist seit 1991 eine unabhängige demokratische Republik. Die großen politischen Veränderungen, die in Europa mit dem Fall der Berliner Mauer begonnen haben und insbesondere der Zerfall Jugoslawiens, stellen für slowenische Wissenschaftler neue Herausforderungen dar und verlangen nach neuen Untersuchungen.

### **Warum zerfiel Jugoslawien?**

Der Zerfall Jugoslawiens nach den 73 Jahren seiner Existenz (1918–1991) war eine Überraschung nicht nur für die internationale Öffentlichkeit, sondern auch für die Mehrheit der jugoslawischen Bevölkerung. Analytiker behaupten heute, daß sich die jugoslawische Föderation – zieht man ihre wirtschaftlichen, kulturellen, religiösen und anderen Verschiedenheiten in Betracht – eigentlich überraschend lange gehalten hatte, da das multinationale Jugoslawien in seiner Geschichte nur wenig Gemeinsamkeiten gehabt habe. Wenn das »erste« Jugoslawien durch die Belgrader großserbische Macht mit der königlichen Familie an der Spitze mit Hilfe eines repressiven Apparats vereinigt wurde, so erhielt das »zweite«, sozialistische Jugoslawien seine Einheit auf ähnliche Weise von »oben«, gestützt auf die einzig erlaubte politische Option der kommunistischen Partei, auf die jugoslawische Armee und den charismatischen Staats-, Partei- und Militärführer Josip Broz Tito.

Jedoch muß auf den wesentlichen Unterschied zwischen der zentralistischen Monarchie der Karadjordjevic und Titos föderativer Republik hingewiesen werden. Das Königreich der Serben – als Mitglied der im Ersten Weltkrieg siegreichen Entente – nahm beim Vereinigungsprozeß des »ersten« Jugoslawien (1918) das Recht eines jugoslawischen »Piemonts« in Anspruch; dem neuen Staat drängte es ein zentralistisches System und seine Hegemonie über die anderen Völker auf (Serboslawien); gerade letzteres führte letztlich zu seinem Zerfall. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) hatte dagegen bereits vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs eine klar konzipierte Vorstellung von der Lösung der jugoslawischen nationalen Frage und bezog dazu eindeutig Stellung. Im nationa-

---

<sup>1</sup> Beitrag für das Kolloquium »Zum Stand der historischen Aufarbeitung kommunistischer Diktaturen« (29. November bis 1. Dezember 2001 in Berlin-Lichterfelde).

len Programm, das 1935 von der KPJ angenommen wurde, war explizit hervor- gehoben, daß das Recht auf Selbstbestimmung nicht notwendig auch eine unbe- dingte Trennung bedeute. Anders ausgedrückt, »daß die nationale Frage im Rah- men der Staatengemeinschaft auf der Grundlage der nationalen Gleichberechtigung geregelt werden kann und nicht mit dem Zerfall der Staaten- gemeinschaft und der Gründung von Zwergstaaten [gleichzusetzen sei]. [...] Unter den jetzigen Umständen wäre die Bewegung für die Trennung der unter- drückten Nationen nur Wasser auf die Mühlen der faschistischen Feinde und ihrer Kriegsziele«. Damit wurde die Orientierung der KPJ auf ein föderatives Jugoslawien hin angedeutet, die in der Zeit des nationalen Freiheitskampfes 1941–1945 formuliert wurde: »Das Wort vom nationalen Freiheitskampf wäre nur eine Phrase oder sogar ein Betrug, wenn es neben der allgemeinen jugoslawi- schen Bedeutung nicht für jede Nation eine nationale Bedeutung hätte, das heißt, wenn es neben der Befreiung Jugoslawiens nicht gleichzeitig auch die Befreiung der Kroaten, Slowenen, Serben, Makedonier, Montenegriner, Albaner, Moslems usw. bedeutete, wenn die nationale Freiheitsbewegung nicht diesen Inhalt hätte, um wirklich Freiheit, Gleichberechtigung und Brüderschaft allen Nationen Jugo- slawiens zu bringen« (Tito, Dezember 1942).

In diesem Befreiungskampf erstritten sich die jugoslawischen Nationen ihre nationale Souveränität, was zur Konstituierung der Nationalstaaten führte, die sich auf der Sitzung des gesamtjugoslawischen Partisanenparlaments (auf dem befreiten Territorium in Jajce, am 29. November 1943) für die jugoslawische Föderation auf der Basis von Freiheit und Gleichberechtigung aussprachen. Auf der Sitzung wurde ausdrücklich betont, daß keine Nation der anderen die Freiheit gebracht habe, sondern daß die erkämpfte Freiheit das Ergebnis ihrer gemeinsa- men Bemühungen sei. Titos Parole »Brüderschaft und Einheit« waren auf der einen Seite eine revolutionäre Antwort auf die Pläne der Okkupanten und der Bourgeoisie für eine Teilung Jugoslawiens, auf der anderen Seite dienten sie als mobilisierendes Moment für die Verwirklichung der Idee von der Vereinigung aller südslawischen Völker in einem »neuen, zweiten« Jugoslawien.

Tito blieb in seiner ganzen Herrschaftszeit bis zu seinem Tod (1945–1980) nicht grundlos ein Verfechter der nationalen Gleichberechtigung, d.h. er bestand auf einer Politik der bereits erwähnten »Brüderschaft und Einheit« aller jugoslawi- schen Völker und Nationalitäten (daher und aus seiner identifikatorisch wirken- den Persönlichkeit rührte auch seine Beliebtheit beim Volk); bekanntlich verur- teilte er scharf jegliche nationalistische Manifestation und widersetzte sich ihr offen. Es gelang ihm – als »letztem Habsburger« – mit einer weisen zwischenna- tionalen Politik die nationalen Leidenschaften zu zähmen, die ja, wie die Ge- schichte zeigt, auf dem Balkan immer unvorhersehbare Folgen haben. Seinem Kollektivnachfolger, der aus neun Mitgliedern zusammengesetzten Präsidentschaft Jugoslawiens, mangelte es dagegen an der benötigten und erwarteten

Autorität. Das führte zu einem scharfen politischen Kampf unter den leitenden Funktionären um Schlüsselpositionen im Staat. Diese hatten zwar einen starken politischen Einfluß und die Unterstützung seitens ihrer Republiken, doch wenig Macht dort, wo sie sie brauchten – auf föderaler Ebene. In der Praxis bedeutete dies das allmähliche Vorherrschen und Durchsetzen nationaler Interessen der Republiken über die gemeinsamen jugoslawischen.

In den gegenseitigen politischen Abrechnungen zogen die höchsten Funktionäre, nachdem sie die nationalistischen und populistischen Seiten aufgeschlagen hatten, auch »ihre« Völker ins politische Spiel hinein, die ohne Zögern ihre »bedrohten« nationalen (Republik-)Interessen zu verteidigen begannen und die nationalen Leidenschaften auf sog. »Meetings« und Massenaufmärschen freisetzten. Zugleich forderten sie die endgültige Lösung alten »historischen« Unrechts, auch mit (Waffen-)Gewalt. Bis zum endgültigen Zerfall Jugoslawiens fehlte folglich nur ein Schritt.

Die Analytiker sind sich in der Antwort auf die Frage, wann der Zerfall Jugoslawiens begann, nicht einig. Die einen behaupten, mit dem Tod Titos (1980), die anderen meinen, mit den ersten Massendemonstrationen und Unruhen im Kosovo (1981), während die dritten den Grund für seinen Zerfall in der Annahme der neuen Verfassung im Jahre 1974 sehen, die den Republiken große Kompetenzen zugestand. Ohne entscheiden zu wollen, wer hier Recht hat, kann behauptet werden, daß der Zerfallsprozeß der jugoslawischen sozialistischen Föderation im Jahre 1987 zu eskalieren begann. Damals beriefen die serbischen Kommunisten Slobodan Milošević an die Spitze und setzten damit das Fundament für den Vormarsch des aggressiven großserbischen Nationalismus. Das hatte zur Folge, daß sich die Beziehungen zwischen Serbien und den anderen Republiken, vor allem mit Slowenien und Kroatien, extrem verschärften. Außerdem rückte mit der Stärkung der Demokratisierungsprozesse in den einzelnen Republiken und mit dem immer schwächer werdenden Einfluß der zentralen Staatsmacht Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre die Forderung nach Veränderung der jugoslawischen Gesellschaft und einer Neudefinition der Lage der Nationen sowie Nationalitäten in den Vordergrund. Nachdem es Milošević gelungen war, mit Hilfe von Massenversammlungen die Führungsspitzen der Vojvodina und des Kosovo auszutauschen, nahm das serbische Parlament eine neue serbische Verfassung an, die die Autonomie der beiden Regionen abschaffte. Damit vergrößerte sich die Macht Serbiens in den Bundesorganen stark, da es auf einmal drei Vertreter im Bundespräsidium und eine größere Zahl von Abgeordneten im Parlament usw. hatte. Nachdem Milošević die Angelegenheiten zu Hause »in Ordnung« gebracht hatte, begann Mitte 1989 sein Marsch auf Jugoslawien. Er verlangte die Änderung der Bundesverfassung und eine Umgestaltung des jugoslawischen Parlaments nach dem Motto »ein Bürger – eine Stimme«. Damit sollte die bisherige paritätische Zusammensetzung des Parlaments, die die Gleichbe-

rechtigung der Republiken und Regionen sicherte, abgeschafft und die serbische Position (als der zahlenmäßig stärksten Nation) gestärkt werden.

Im Gegensatz zu den zunehmenden serbischen Forderungen nach einer größeren Zentralisierung Jugoslawiens unter serbischer Führung verteidigten Slowenien und Kroatien zuerst das Modell der asymmetrischen Föderation, später forderten sie ein konföderales Staatssystem. Die Situation verschärfte sich im Jahre 1990 noch mehr, als der Bund der Kommunisten Jugoslawiens zerfiel und erstmals in Slowenien und Kroatien Wahlen mit mehreren Parteien durchgeführt wurden. Nach diesen Wahlen wurde im slowenischen Parlament die Souveränitätserklärung beider Republiken verabschiedet, was in Belgrad nicht akzeptiert wurde. Damals brachen alle Beziehungen zwischen den zentralen Nationen Jugoslawiens ab. Als einzige jugoslawische Institution bestand nur noch die jugoslawische Armee, die sich entschieden auf die Seite der serbischen Führung stellte, des letzten Verteidigers des Jugoslawismus und eines einheitlichen Jugoslawiens.

Das Schicksal Jugoslawiens entschied sich endgültig im Jahre 1991. Während die Bundesverwaltung die internationale politische Öffentlichkeit in die Lösung der jugoslawischen Krise einbeziehen wollte, die die Verselbständigung der Republiken nicht begünstigte, widersetzte sich die verknöcherte Bundesarmee – die sich in den letzten Jahren Jugoslawiens vom behördlichen und staatlichen System abgesondert hatte und zu einer Art siebter Republik geworden war – einer politischen Lösung mit internationaler Hilfe und setzte auf den Einsatz bewaffneter Gewalt gegen die Souveränitätserklärungen Sloweniens, Kroatiens, Mazedoniens, Bosniens und der Herzegowinas. Der Zerfall Jugoslawiens bedeutete für die Armee nicht nur die Auflösung aller ideologischen Werte, auf denen sie selbst beruhte, sondern auch das Versiegen gewaltiger Finanzquellen und damit der Privilegien, die sie während der ganzen Zeit des Bestehens Jugoslawiens genoß.

Die Erklärung der staatlichen Selbständigkeit Sloweniens und Kroatiens (am 25. Juni 1991) und die sofortige militärische Intervention der jugoslawischen »Volks«-Armee (nach einem Beschluß der Bundesversammlung und der Regierung) in Slowenien und dann auch in Kroatien, bedeutete das Ende aller Illusionen eines einheitlichen Jugoslawien.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Lešnik, Avgust: Kosovos gordischer Knoten und seine internationale Dimension. In: Cremer, Ulrich/Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen, Hamburg, VSA-Verlag, 1999, S. 97–112.

## Nachkriegsgewalt

Auf dem Balkan endete der II. Weltkrieg erst am 15. Mai 1945 mit der Kapitulation der Armee von General Löhr. Dem Kriegsende folgten »Massentötungen: Liquidierungen, Tötungen von kriegsgefangenen Soldaten und Zivilisten, Liquidierung politischer Gegner, die Errichtung des totalitären kommunistischen Systems, mit einem Wort: Methoden der bolschewistischen Revolution«.<sup>3</sup>

Mit der Entdeckung von Massengräben ist ein Schatten auf die Geschichtsschreibung gefallen, weil sie darüber geschwiegen hatte. Nach der Änderung des gesellschaftlichen Systems und der Freigabe der archivalischen Dokumente ist es nun möglich, auch diesen Teil der bisher verschwiegenen Ereignisse systematisch zu untersuchen. Am *Institut für neue Zeitgeschichte*<sup>4</sup> läuft derzeit ein Projekt unter dem Titel »Die Opfer des II. Weltkriegs in Slowenien«.

## Totalitarismus des kommunistischen Regimes

Nach Veröffentlichung des Sammelbandes »Die dunkle Seite des Mondes. Eine kurze Geschichte Totalitarismus in Slowenien 1945–1990« (1998)<sup>5</sup> fragten viele, ob der jugoslawische Sozialismus nicht vorschnell zum Totalitarismus erklärt wurde. Vor allem deshalb, weil im Westen der Titoismus (nach dem Streit mit dem *Informbüro* 1948) als Autoritarismus eingeordnet wurde.

»Ohne Zweifel ging es im jugoslawisch-sowjetischen Konflikt (1948) um die Schlüsselfrage: Wer wird der »Herr« in Jugoslawien sein? Werden es Stalin und seine Repräsentanten oder Tito und die jugoslawische Partei sein; mit anderen Worten, wird Jugoslawien ein souveräner Staat bleiben oder nicht. Doch ist in diesen Konflikt noch ein anderes Element wichtig, das auch sein ideologisches Gewicht hat, obwohl es Stalin direkt nicht erwähnt. In Stalins Vision des Marxismus haben die UdSSR und er das persönliche Recht, die ganze Bewegung, das ganze sozialistische Lager zu führen und es nach ihren Wünschen und Bedürfnissen zu formieren. Diesem Grundgedanken widersetzte sich Tito. In dem Moment, in dem Tito Stalin das Recht verweigerte, das letzte Wort im sozialistischen Lager zu haben, in dem Moment, in dem er behauptete, daß man sein eigenes Land mehr lieben muß als die UdSSR, in dem Moment, in dem er die Souveränität für Jugoslawien forderte und behauptete, daß die Beziehungen zwischen den

<sup>3</sup> Pučnik, Jože: Množični povojni poboji (Massenmorde in der Nachkriegszeit). In: Jančar, Drago (Hg.): Temna stran meseca. Kratka zgodovina totalitarizma v Sloveniji 1945–1990. Ljubljana 1998, S. 39–52.

<sup>4</sup> Adresse: Inštitut za novejšo zgodovino, Kongresni trg 1, SI-1000 Ljubljana.

<sup>5</sup> Jančar, Drago (Hg.): Temna stran meseca. Kratka zgodovina totalitarizma v Sloveniji 1945–1990. Ljubljana 1998.

Staaten auch innerhalb des sozialistischen Lagers gleichberechtigt sein müssen, in diesem Moment formte Tito seine eigene ideologische Grundlage.

Ein besonders finsternes Kapitel in der Zeit des Konfliktes mit dem Inforbüro ist die Problematik der »repressiven Politik«, die alle beteiligten Seiten betrifft, sowohl Jugoslawien als auch die UdSSR und andere osteuropäische Staaten.

Im Unterschied zur UdSSR und den osteuropäischen Staaten wird in Jugoslawien die repressive Politik gegen die Anhänger der Moskauer Politik bzw. des Inforbüros geführt. In den Jahren von der Veröffentlichung der Resolution des Inforbüros bis zum Jahr 1963 erfaßten die Organe für innere Angelegenheiten in Jugoslawien 55 663 Personen, die mit verschiedenen Mitteln die offizielle Moskauer Politik und die der osteuropäischen Staaten förderten; 16 000 von ihnen wurden – nach einem Gerichtsbeschluß oder nach einem administrativen Erlaß – ins Gefängnis bzw. Lager geschickt, vor allem auf die Adria-Inseln (Goli otok, Sv. Grgur). In der Situation, die objektiv zur Vernichtung der jugoslawischen Unabhängigkeit hätte führen können, bekam die Geheimpolizei (Udba) unbeschränkte Vollmachten und erlangte eine relativ große Autonomie. Das führte letztendlich zu groben Deformierungen in ihrer Arbeit, die ihren Höhepunkt in Folterungen von Sträflingen bzw. von sog. Inforbüro-Leuten erreichten. Gewalttätige Methoden, die in den Umerziehungslagern angewendet wurden, standen im völligen Gegensatz zu den Idealen der neuen sozialistischen Gesellschaft. Interessant ist, daß das ZK der KPJ schon im Jahr 1951 die Rechtswidrigkeit der Anwendung von repressiven Methoden verurteilte.

Und wie sah der demokratisch orientierte Westen die repressive Politik? Prof. J. Pirjevec, der diplomatische Archivalien in Washington, Paris, London und Rom studierte, schreibt über das Thema, daß er »nirgendwo einen Bericht über Goli otok oder etwas ähnlichem fand. A. Ranković wird in diesen Berichten viel gepriesen; die Tätigkeit der Udba gleichfalls. Das Hauptproblem war, die Inforbüroleute zu besiegen. Mit welchen Mitteln das erreicht wurde, war vom Londoner oder Washingtoner Standpunkt gleichgültig.« Natürlich ist eine solche Stellungnahme des Westens im Zusammenhang mit der politischen Interessensphäre zu verstehen. Es ist wahr, daß die jugoslawische Emigration von den USA forderte, Titos Regime zu stürzen, aber die amerikanische und britische Staatsführung war sich dessen bewußt, daß Emigrationskräfte keine größeren Möglichkeiten haben. Es ging um eine völlig realistische Politik. Dabei waren keine Sympathien für Tito im Spiel, im Vordergrund stand vielmehr die Tatsache, daß es besser ist, daß Tito an der Macht bleibt als eine sowjetische Marionette an seiner Stelle. »Sie waren der Meinung, daß sie Titos Regime in der Hoffnung unterstützen müssen, um die Kontakte zwischen dem Westen und Jugoslawien zu vertie-

fen, und daß es später vielleicht (!) zu einer bestimmten ›Entwicklung‹ innerhalb dieses Regimes kommt.«<sup>6</sup>

### **War die Geschichtsschreibung im ehemaligen sozialistischem System eine Dienstmagd der Politik?**

In den ersten Jahren der Selbständigkeit Sloweniens gab es Versuche, Historiker zu klassifizieren und sie in »Alte, Linke«, die den Kommunismus bejubelt haben, und in »Neue, Rechte« einzuteilen. Es war ein erfolgloser Versuch, weil es dafür keine fachlichen Kriterien gab.

Im Vergleich mit der sowjetischen und der westlichen Historiographie hatte die jugoslawische eine spezifische Position inne. Der Streit der jugoslawischen Führung mit dem Informbüro (1948) schaffte Raum für eine besondere Art der Kritik des Stalinismus. Prof. Marjan Britovšek hat Jahrzehnte lang die russische kommunistische Partei untersucht und gilt als einer der besten Kenner der Entstehung und Entwicklung des Bolschewismus. Die Studie »Zarismus, Revolution, Stalinismus« (1980)<sup>7</sup> stellte nicht nur eine Synthese der Arbeiten von Britovšek dar, sondern auch den Beitrag der jugoslawischen Historiographie zur Erklärung der Ereignisse in der UdSSR und in der internationalen kommunistischen Bewegung. Mehr als anderen jugoslawischen Historikern gelang es Britovšek, die historischen Wurzeln des Stalinismus und seine Folgen aufzuklären.

Sein Buch »Stalins Termidor« (1984)<sup>8</sup> war ein besonderer Impuls für die Schaffung eines antidogmatischen geschichtlichen Bewußtseins über die Entstehung und Entwicklung der kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert. Britovšek hat sehr viel dazu beigetragen, daß in Jugoslawien wissenschaftliche Untersuchungen über die Arbeiterbewegung begründet und institutionalisiert wurden. Das alles hat dazu beigetragen, daß das geschichtliche Bewußtsein in Jugoslawien nicht notwendigerweise mit politischen Reduzierungen und einseitigen Interpretationen belastet worden ist.

Deshalb haben die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in Slowenien keine Renaissance der Interpretation der Geschichte im Sinne einer Negation dessen, was bisher gemacht wurde, ausgelöst, sondern verlangen nach einer thematischen Öffnung und nach neuen historischen Untersuchungen.

---

<sup>6</sup> Lešnik, Avgust: Beitrag zur Geschichte des Informbüros – Die Genese der jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen in der ersten Hälfte des Jahres 1948. In: *The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism*, Vol. III (1996), 7–8, S. 34–41 (Teil 1); Vol. IV/V (1997/98), 9–13, S. 124–140 (Teil 2).

<sup>7</sup> Britovšek, Marjan: *Carizem, revolucija, stalinizem*, I–II. Ljubljana 1980.

<sup>8</sup> Britovšek, Marjan: *Stalinov termidor*. Ljubljana 1984.

### **Auswahlbibliographie (Bücher und Artikel slowenischer Autoren)**

- Gabrič, Aleš (1991): Slovenska agitpropovska kulturna politika 1945–1952. Ljubljana, Mladika.
- Gabrič, Aleš (1994): Zgodovina, pisana v »starem duhu«. In: *Kronika* (Ljubljana), 2, S. 1–5.
- Gabrič, Aleš (1995): Socialistična kulturna revolucija. Slovenska kulturna politika 1953–1962. Ljubljana, Cankarjeva založba.
- Gabrič, Aleš (Hg., 1996): Slovenija v letu 1945 (Zbornik referatov z mednarodnega znanstvenega simpozija, 27.–28. IX. 1995 v Ljubljani). Ljubljana, Zveza zgodovinskih društev Slovenije.
- Gerjolj, Stanko (1997): *Ideologie und Bildung: ideologisch-politischer Totalitarismus im Bildungs- und Erziehungswesen im Kommunismus und der Versuch einer Demokratisierung am Beispiel Slowenien*. Gießen, Justus-Liebig-Universität.
- Grafenauer, Bogo (1993): Ob pisanju o slovenskem zgodovinopisju. In: *Zgodovinski časopis* (Ljubljana), 47, 1, S. 117–129.
- Granda, Stane (1998): Revizionizem v sodobnem slovenskem zgodovinopisju. In: Cindrič, Alojz (Hg.): *Čarnijev zbornik. Zbornik mednarodnih družboslovnih in humanističnih razprav / A Festschrift for Ludvik Čarni. Studies humanities and social sciences*. Ljubljana, Oddelek za sociologijo Filozofske fakultete Univerze v Ljubljani, S. 286–291.
- Griesser-Pečar, Tamara (1998): Procesi proti duhovnikom in redovništvu po maju 1945. In: Jančar, Drago (Hg.): *Temna stran meseca. Kratka zgodovina totalitarizma v Sloveniji 1945–1990*. Ljubljana, Nova revija, S. 113–125.
- Horvat, Marjan (1998): Prepovedi in zaplembe tiskane besede v Sloveniji 1945–1990. In: Jančar, Drago (Hg.): *Temna stran meseca. Kratka zgodovina totalitarizma v Sloveniji 1945–1990*. Ljubljana, Nova revija, S. 126–139.
- Hribar, Tine (1999): Revizija. Slovenska politična zgodovina zadnjih dvajsetih let, I–III. In: *Mladina* (Ljubljana), No. 29, 30, 31.
- Jančar, Drago (Hg., 1998): *Temna stran meseca. Kratka zgodovina totalitarizma v Sloveniji 1945–1990* (Zbornik člankov in dokumentov). Ljubljana, Nova revija.
- Juhant, Janez (1995): Slowenien zwischen Krieg und Revolution: der fünfzigste Jahrestag der Rache, des Trauerns und der Siegestrunkenheit. *Internationale Katholische Zeitschrift*, 25, 2, S. 117–124.
- Lešnik, Avgust (1993): Die KP Jugoslawiens gegen Stalins Dogmatismus. In: Bergmann, Theodor, Keßler, Mario (Hrsg.): *Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus*. Mainz, Decaton Verlag, S. 203–220 (Hamburg, VSA-Verlag, 2001, S. 261–280).
- Lešnik, Avgust (1994): Quellen der nationalen Konflikte in Jugoslawien. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung /BzG/*, 36, 3, S. 88–101.
- Lešnik, Avgust (1996, 1997/98): Beitrag zur Geschichte des Informbüros – Die Genese der jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen in der ersten Hälfte des Jahres 1948. In:



- The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism, Vol. III, 7–8, S. 34–41 (Teil 1); Vol. IV/V, 9–13, S. 124–140 (Teil 2).
- Lešnik, Avgust (Hg., 1996): *Kriza socialnih idej. Britovškov zbornik / The Crisis of Social Ideas. A Festschrift for Marjan Britovšek (Mednarodna izdaja zgodovinskih in socioloških razprav / An International Edition of Historical and Sociological Studies)*. Ljubljana, Oddelek za sociologijo Filozofske fakultete Univerze v Ljubljani.
- Mikola, Milko (1998): *Povojne nasilne razlastitve premoženja v Sloveniji*. In: Jančar, Drago (Hg.): *Temna stran meseca. Kratka zgodovina totalitarizma v Sloveniji 1945–1990*. Ljubljana, Nova revija, S. 53–64.
- Pirjevec, Jože (1995): *Jugoslavija 1918–1992. Nastanek, razvoj in razpad Karadjordjevičeve in Titove Jugoslavije*. Koper, Založba Lipa.
- Prunk, Janko / Mlakar, Boris / Vodusek-Starič, Jera (1998): *Zgodovinarji o komunizmu: O značaju komunističnega sistema / Vloga in pomen komunistične partije v Sloveniji 1941–1945 / Vladavina komunistične partije v Sloveniji po drugi svetovni vojni*. In: *Delo (Ljubljana)*, No. 57–60.
- Pučnik, Jože (1998): *Množični povojni poboji*. In: Jančar, Drago (Hg.): *Temna stran meseca. Kratka zgodovina totalitarizma v Sloveniji 1945–1990*. Ljubljana, Nova revija, S. 39–52.
- Repe, Božo (1999): *Črno-bela stran meseca: vzvišenost nad zgodovino*. In: *Razgledi (Ljubljana)*, 2, S. 8–9.
- Repe, Božo (2002): *Jutri je nov dan. Slovenci in razpad Jugoslavije*. Ljubljana, Modrijan.
- Rizman, Rudolf (1996): *The Fall of Yugoslavia and Slovenia's Road to Independence*. In: Lešnik, Avgust (Hg.): *Kriza socialnih idej. Britovškov zbornik / The Crisis of Social Ideas*. Oddelek za sociologijo Filozofske fakultete Univerze v Ljubljani, S. 419–435.
- Simoniti, Vasko (1992): *O slovenskem zgodovinopisju*. In: *Zgodovinski časopis (Ljubljana)*, 46, 3, S. 387–394.
- Simoniti, Vasko (1998): *Permanentna revolucija, totalitarizem, strah*. In: Jančar, Drago (Hg.): *Temna stran meseca. Kratka zgodovina totalitarizma v Sloveniji 1945–1990*. Ljubljana, Nova revija, S. 24–36.
- Stanič, A. Ive (1998): *Povojni politični zaporniki na Slovenskem*. In: Jančar, Drago (Hg.): *Temna stran meseca. Kratka zgodovina totalitarizma v Sloveniji 1945–1990*. Ljubljana, Nova revija, S. 143–149.
- Šturm Lovro (1998): In: Jančar, Drago (Hg.): *Temna stran meseca. Kratka zgodovina totalitarizma v Sloveniji 1945–1990*. Ljubljana, Nova revija, S. 65–102.
- Šturm Lovro (2000): *Brez milosti. Ranjeni, invalidi in bolni vojni ujetniki na Slovenskem*. Ljubljana, Nova revija.
- Vodusek-Starič, Jera (1992): *Prevzem oblasti 1944–1946*. Ljubljana: Cankarjeva založba.
- Žajdela, Ivo (1998): *»Z zgodovino naj se ukvarjajo zgodovinarji«*. In: Jančar, Drago (Hg.): *Temna stran meseca. Kratka zgodovina totalitarizma v Sloveniji 1945–1990*. Ljubljana, Nova revija, S. 359–364.